

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales: Carl Weidemann, für die Lokale Rubrik: August, für den übrigen Inhalt: Ernst Wollmann, Halle. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Mühlentorstr. 27. — Druck von H. Kramm & Co., Halle, Große Mühlentorstr. 2. — Zeitungserlöse Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 30 Pfennig, beim Vorbestellen monatlich 10 Pfennig. Bei den Jahrsbestellen 2.10 Mark ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigengebühr: Die entsprechende Anzeigenzeitung 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Anzeigenblatt Seite 7. Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Mühlentorstr. 27. — Fernsprecher 4007.

Nr. 78.

Halle, Donnerstag den 30. August 1917.

1. Jahrgang.

Staatsstreich und Diktatur

Die Alldeutschen wollen Eroberungen für Deutschland. Sie halten die Kriegslage für so günstig, daß Deutschland in absehbarer Zeit seinen Feinden die Friedensbedingungen vorschreiben kann. Das sind Urteile und Ankündigungen, die auch der begreift, der sie nicht zu teilen vermag. Wollten aber die Alldeutschen im Ernst nichts anderes als Deutschlands Sieg und Vergrößerung, so müßten sie doch alle ihre Gedanken darauf richten, die Einmütigkeit und den Kampfwillen des deutschen Volkes mit allen erreichbaren Mitteln zu stärken. Sie müßten mit aller Hingabe für die sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen kämpfen, überhaupt jeder Erweiterung der Volksrechte freudig zustimmen, damit auf diese Weise jeder Deutsche ein erhöhtes Interesse am Staate gemäße und noch größere Opferbereitschaft für ihn an den Tag lege.

Statt dessen sehen wir das unbegreifliche Schauspiel, daß diese Eroberungspolitik und Stimmensartenblätter nicht nur die ganze und feindliche Welt zu überwinden vermögen, sondern gleichzeitig auch das deutsche Volk nach schändlich gezeichneten Farenrezepten vermaglichen möchten.

Aufs eifrigste hat die gesamte alldeutsche Presse sich bemüht, den jüngsten Zusammenstoß zwischen Kanzler und Reichstagsmehrheit zu einem großen Konflikt zu erweitern und das Reich in eine

möglichst schwere Verfassungskrisis hineinzutreiben. Durch den Rückzug des Kanzlers ist dieses Kländchen zugehoben worden. Trotzdem geben die Alldeutschen ihre Bemühungen nicht auf, Kanzler, Kaiser oder sonstige Machthaber zu einer Gewalttat gegen den Reichstag, zum Staatsstreich verlocken zu wollen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt unter der Überschrift „Wahn der Größe“ (lies: Größenwahn) gegen Scheidemann und den Reichstag einen wutschäumenden Artikel des berühmtesten aller Kriegshochbeten, des Grafen Reventlow, der folgendes enthält:

„Das ist mißbrauchte römische Wort: „caveant consules!“ ist jetzt am Werke mit allen Folgerungen, welche die praktische Natur aus einer für den Staat gefährlichen Lage, ohne sich an Resolutionen zu setzen, zu ziehen pflegen.

Die angeführte lateinische Formel (Wögen sich die Konsule vorhaben, daß der Staat nicht zugrunde geht) wurde

im alten Rom gebraucht, wenn der Staat in höchster Gefahr war und die verfassungswidrigen Faktoren nicht mehr ein noch aus wußten. Dann wurde ein Diktator eingesetzt, der unumschränkte Gewalt hatte, demgegenüber die Volkstribunen alle ihre Rechte und Machtbefugnisse verloren und der unumschränkt über alle Menschen und Dinge zur Rettung des Staates verfügen konnte. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert also eine

reine Militärdiktatur

unter Ausschaltung jeder Zivilgewalt, unter Vahulegung insbesondere der Volkserziehung.

Zu gleichen Sinn erinnert die „Deutsche Zeitung“ an Bismarcks Stimmlich mit dem Preußischen Landtag von 1862 bis 1866. Damals habe Bismarck die Rechte des preußischen Königstums gegenüber der Landtagsmehrheit kraftvoll verteidigt und das preussische Königstum davon befreit, „als ein toter Bestandteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regimes eingefügt zu werden“. Die „Deutsche Zeitung“ führt dabei vornehmlich selbst auf den Einwand, daß bei einem solchen Vorgehen der Regierung heftige Widerstände im Volk ausgelöst werden müßten. Darüber tröstet sie sich mit dem andern Bismarck-Wort, daß diese Strömungen nicht bis in die Regimenter und das Heerzucht auf den Schlachtfeldern hineinreichten. Sie rat also zu dem Experiment einer

Gewaltregierung gegen den Reichstag

in der Hoffnung, daß das deutsche Heer trotzdem „zuverlässig“ bleiben würde.

Wir halten eine solche Wahnsinnspolitik bei jedem verantwortlichen Staatsmann für so vollkommen ausgeschlossen, daß wir nicht erst zu erörtern brauchen, ob wirklich das deutsche Heer auch nach einem Staatsstreich so unerlässlich weiterkämpfen möchte wie bisher.

Michaelis hat durch die Einsetzung der freien Kommission gezeigt, daß er diesen Ratsschlagen der Alldeutschen nicht zu folgen gedenkt. Bekanntlich besteht diese freie Kommission aus sieben Reichstagsabgeordneten und sieben Bundesratsmitgliedern, die unter Vorsitz des Kanzlers wichtige Entscheidungen in Fragen der Außenpolitik, zunächst die Antwort auf die Rapinote, vorbereiten sollen. Verfassungsrechtlich ist dieses „Gremium“ zweifellos ein recht: mehrwürdiges Gebilde; seine Brauchbarkeit wird mit

guten Gründen angezweifelt. Aber ebenso unzweifelhaft ist es ein Schritt des Entgegenkommens an den Reichstag, der dadurch besondere Bedeutung gewinnt, daß die Alldeutschen ihn mit wahren Wirtausbrüchen bekämpft haben. So schrieb z. B., während der stanzler sich im Hauptquartier die Einwilligung zu diesem „Staatsrat“ holte, die „Deutsche Zeitung“:

„Wenn diesen Volksvertretern, die, fast alle die Reichsdienstschleimung als weiche Föhne vor dem Feinde kennen, diesen Entschlossenheit führen, ein entscheidender, auch nur ein mitwirkender Einfluß auf die Geschicke des Reiches und die Zukunftsgestaltung des Volkes eingeräumt wird, wenn die Erzeuger und Zweifler, die Bauer und Kommunisten einen Staatsrat, einen Reichsrat bilden und die Verfassung des Reiches an sich reißen, dann ist alles deutsche Elend vernebens gelassen.“

„Auch war es der Reichskanzler selber, der diesen Reichsrat, diese freie Kommission, dieses „parlamentarische Gremium“ angeregt und geschaffen hat. Alles alldeutsche Loben dagegen war unrichtig.“

Der Verzicht der Eroberungspolitik, den Konflikt zwischen Regierung und Volk oder Volkserziehung ist überbeizurühren, ist also gescheitert. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß er nur ausgesetzt erneuert werden wird. Denn der Sieg und die Eroberung stehen jenen Elementen gar nicht in erster Reihe — wichtiger ist ihnen

ihre eigene Macht.

Wenn Scheidemann und Erzberger Einfluß erlangen, fühlen sie sich um die Frucht aller deutschen Siege betrogen. Jede erbliche deutsche Politik muß davon ausgehen, im Dienste der deutschen Verteidigungskraft innere Konflikte zu vermeiden und alle Opfer zu bringen, welche für die Abwehr der ungemehren feindlichen Uebermacht nötig sind. Aber die alldeutschen Kreise wollen keine Opfer an ihren alten Vorrechten bringen und treiben deshalb zu Staatsstreich und Diktatur. Sie sind ebenso ohnmächtig wie ihr Feind und stellen deshalb für ihre innerpolitische Entwicklung keine allzu große Gefahr dar. Der Wert ihres Ansehens aber, als ganz besonders gute Patrioten zu gelten, wird durch dieses gerichtslose Ziel mit Deutschlands Kriegsfront und freibewilliger Entwicklung erschöpfend angetastet. —

Der Wirrwar in Rußland

Am 27. August hielt der russische Oberbefehlshaber, General Kornilow, auf der Konferenz in Moskau eine Rede, in der er ausführte, daß die Todesstrafe, deren Wiedereinführung er verlangt habe, und andre Maßregeln die Armee, die von der unerbittlichen Arbeit der Judenlosigkeit und der Genossenschaftserregung ergriffen sei, ein wenig geholt habe, aber das Hebel hatte die russischen Truppen noch in seinen Klauen. Kornilow führte hierzu an, daß im Monat August die entarteten Soldaten der Regimentskommandeure und andre Offiziere gequält hätten, und daß sich die Unterdrückung blutiger Gegenmaßregeln denn ein Ende gemacht hätte, andererseits habe ganz kürzlich ein sibirisches Schützenregiment, das sich vor der Revolution so ruhmvoll geschlagen hatte, die Mägen dem verlassen, und nur der Wille, das ganze Regiment zu vernichten, brachte es dazu, in seine Stellungen zurückzukehren.

„So“, fuhr Kornilow fort, „bekämpfen wir unerbittlich die Anarchie, die gretellos endlich unterdrückt werden wird, aber die Gefahr neuer Niederlagen laßt immer noch auf dem Lande, die Lage an der Front ist bedauerlich, daß wir ganz Galizien und die ganze Bukowina und

alle Fronte unserer jüngsten Tage verlieren haben. An mehreren Stellen hat der Feind unsere Grenze überläufen und bedroht unsere fruchtbarsten sibirischen Erzeugnisse. Der Gegner sucht die russische Armee zu zerstreuen und packt uns das Tor von Moskau, und wenn unsere Armee uns nicht hilft, die Arme am „Weste von Moskau“ zu halten, wird der Weg nach Petersburg weit offen stehen.“

Weiter sagte Kornilow u. a.: Das alte Regime hat dem freien Aufstand eine Arme hinterlassen, die trotz aller Mängel ihrer Organisation wenigstens von Komplikation befreit und zu Opfern bereit war. Eine ganze Reihe von Maßregeln, die von Seiten ergriffen wurden, denen der Geist der Armee und ihre Angelegenheiten vollkommen fremd waren, haben sie in eine Truppe von Menschen verwandelt, die ganz den Verlust verloren hatten und nur für ihr persönliches Wohl güteten. Wenn Rußland gerettet werden will, muß die

Armee um jeden Preis regeneriert werden.

Wenn man sofort die von mir ausgearbeiteten Maßregeln, die der Leiter des Kriegskommissariats durchaus gebilligt hat, ergreift,

Zu diesen Maßregeln gehört unter andern: 1. Verhinderung der inneren Bewegung der Armee durch Wiederherstellung der Autorität der Offiziere und Unteroffiziere; 2. die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Offiziere, die sich bei den jüngsten militärischen Unternehmungen so sehr bewährt haben; 3. Beschränkung der Tätigkeit der Regimentsassistenten, die zwar das innere wirtschaftliche Leben der Regimenter verwalteten, sich aber nicht in die militärischen Unternehmungen und in die Ernennung der Führer einmischen sollte.

„Die Macht der ganzen Armee“, fuhr Kornilow fort, „hängt von dem Zustand des Hinterlandes ab. Es besteht Gefahr, daß das Blut, das notwendigerweise während der Wiederherstellung der Ordnung der Front fließen wird, unerschöpflich bleibt, wenn die organisierte und zum

Kampfe bereite Armee ohne Verpflegung, Verpflegung, Munition und Ausrüstung gelassen wird. Auch heute ist es für unmöglich, daß die an der Front ergriffenen Maßnahmen auch im Hinterland angewendet werden. In der Tat habe ich Anordnungen, daß der Zustand unserer Eisenbahn vorzeitig ist, daß unsere Armee im November

keine Lebensmittel mehr erhalten wird.“

Kornilow verlas zum Beweis ein Telegramm des Oberbefehlshabers der Südwirtschaft, das von Mangel an Brot und Zwieback spricht, und erklärte, es herrsche seit Hungertode an der Front. Kornilow erwähnte auch einige Ziffern über die Produktion der Getreide, die für die Landesverteidigung ausreicht. Diese habe sich in der Zeit von Oktober 1916 bis zum Januar 1917 bei der Verteilung von Getreide und Munition um 60 Prozent und um 80 Prozent bei der Verteilung von Zingegen verringert. „Wenn also“, fuhr Kornilow fort, „dieser Zustand anhält, werden sich unsere Armeen in dem gleichen Zustand befinden wie im Frühjahr 1915 beim Rückzug in Polen, Galizien und den Karpaten.“

Der Oberbefehlshaber schloß seine Rede mit der feilen Versicherung, daß die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sofort zur Ausführung gebracht werden würden. Er glaube, der Verstand und der Verstand des russischen Volkes würden Rußland retten. Er glaube an die glänzende Zukunft der russischen Armee und hoffe das Vertrauen, daß ihre alter Ruhm wiederhergestellt werde.

Sornilous Rede wurde 'Heilig mit Lang andauern' dem Volk all empfangen. Nur auf der äußersten Linken demohnten mehrere Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats das Schweigen. Der Oberbefehlshaber verließ sofort die Versammlung und begab sich in Begleitung seines Adjutanten ins Hauptquartier.

Einige Abgeordnete verschiedener religiöser Organisationen sprachen nach Sornilous. Daraus bestieg General Stalebin, betman der Moskauer und Vertreter des Rates aller Arbeitergruppen, die Tribune und verlas eine Entschlieung der Sozialen Typen, die vor allem zur Wohle des Vaterlandes die Fortsetzung des Krieges

bis zum vollständigen Siege

im engen Verein mit den Verbündeten verlangen, und zu diesem Zwecke folgende Maßnahmen vorschlagen: 1. Fernhaltung der Armeen von der Politik und förmliches Verbot von Versammlungen und Zusammenkünften in der Arme. 2. Unterdrückung aller Ausschüsse und Klubs der Reimenter. 3. Revision der Erklärung der Rechte des Soldaten. 4. Verschärfung und Befestigung der Disziplin durch strengste Maßnahmen und Anwendung dieser Maßnahmen auf das Hinterland. 5. Wiederherstellung des Strafrechts des Vorgesetzten. Die Vorlesung dieser Entschlieung wurde von der Mehrheit mit Bravo-Rufen und Beifallsrufen von der Linken mit Widerspruch und Heulen begleitet.

Tschidje, der Vorgesetzte der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Anstalts, bestieg die Rednertribüne unter dem begeisterten Beifall der Linken und unter dem Zuruf: 'Es lebe der Führer der russischen Revolution!' Im Namen der Vertreter einer Reihe demokratischer Vereinigungen verlas Tschidje eine Erklärung, die hervorhebt, daß nur die tätige Mitarbeit der revolutionären Demokratie die Wiedergeburt der Arme und des Landes und die

Rettung Anstalts und der Revolution

ermöglichen werde, daß die Demokratie nicht von dem revolutionären

Land getrennt werden könne, und daß nur eine Macht, die sich auf die ungeheure Volksmasse stütze, das Land aus seiner jetzigen Lage retten und die äußeren und inneren Feinde besiegen könne.

Tschidje erklärte darauf, daß die geeinte revolutionäre Demokratie erlange, daß die Lebensinteressen des Landes und der Revolution die unmittelbare Anwendung folgender Maßnahmen verlange: 1. auf dem Gebiet der Lebensmittelfertigung muß die Regierung in Befolgung einer feinen Politik ein Monopol für Brennstoffe und seine Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufrechterhalten; 2. auf dem Gebiet des Handels, der Industrie und der Landesverteidigung verlangt die Erzeugung und Lieferung von Munition durchgreifendere Maßnahmen zur Regelung des Transports und zur Erhöhung der Effektivität der Industrie; 3. die Finanzen verlangen die radikalste Anwendung der Besetze bezüglich der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer, ebenso die Reform der Erbschaftsteuer sowie die Einführung von Steuern hinsichtlich des Vermögens, der Luxusartikel und anderer Steuermaßnahmen. Bezüglich der Anleihen muß die Regierung kräftige Maßnahmen hinsichtlich ihrer Verteilung treffen; 4. die Marxerform muß jede Aneignung von Land durch einzelne als auch durch Personengruppen und durch die Gesellschaft verhindern; 5. hinsichtlich der Organisation der Arme verlangt die Erklärung eine Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Führer und Armeekommissare.

Hinsichtlich der Nationalitätenfrage besteht die Erklärung darauf, daß die vorläufige Regierung jeder Nationalität die Bestimmung über ihr Schicksal überläßt, vorausgesetzt, daß die konstituierende Versammlung ihre Einwilligung erteilt. Der Redner beendete seine Erklärung mit einem Appell an die vorläufige Regierung, die

mit voller Nachvollkommenheit ausgestattet werden müsse.

Zu der Abend Sitzung der Moskauer Konferenz wies der frühere Kriegsminister Gutschkow auf die drohende Gefahr einer Niederlage des russischen Heeres und auf die Krise im nationalen Wirtschaftsleben hin, die die Versorgung des Heeres mit Munition und Versorgungsmitteln täglich schwieriger mache. Unzufriedenheit und Misshimmung seien allgemein im Volke verbreitet. Die Hauptfrage sei gegenwärtig die Wiedererrichtung der ohnmächtig gewordenen Zentralgewalt.

Gutschkow, der bei seinen Darlegungen die für jeden Redner festgesetzte Zeit überschritt, ließ schließlich die Rednertribüne verlassen, wogegen die der Rechten angehörenden Teilnehmer der Konferenz protestierten.

Nach Gutschkow sprach Schulgin, der sich gegen die Lösungsbeiträge gewisser Teile der ukrainischen Bevölkerung wandte. Sodann verlas Kerenski ein Begrüßungstelegramm Wilsons, das der amerikanische Vorkonferenzen übermittelte hatte, und beantragte unter dem Beifall der Versammlung den Minister des Äußeren, Terechtienko, dem Vorkonferenzen den Dank der Konferenzteilnehmer auszusprechen.

Der Abgeordnete der linken Fraktion, Malisow, gab seinem Zorn darüber Ausdruck, daß es der Regierung gelingen werde, ihr Programm durchzuführen. Im Namen der Arbeiter- und Soldatenräte sprach Terechtienko über die während der Revolution hervorgetretene Bedeutung der demokratischen Organisationen.

Bei den Berichten über den Moskauer Kongreß ist hauptsächlich auf die Meinungen der Petersburger Telegramm-Agentur eingegangen. Die Reden den russischen Regierungswissenschaften entsprechend fassieren und kritisieren und nähigen sich auch vor Abschluß nicht zurückziehen wird. Zuverlässige Berichte wird man erst bekommen, wenn die russischen Zeitungen vorliegen werden, vorausgesetzt, daß die Zensur ihnen nichts Wichtiges und Wesentliches getrieben hat.

Was der Krieg bringt.

Schlachten in Flandern.

Halbmonatlich wird über die letzten gewaltigen Dingen in den Westfronten berichtet:

Trotz aller Mißerfolge und schwerer Verluste festen die Engländer an der flandrischen Küste ihre vorzuziehenden Angriffsversuche fort. Nachdem am Morgen des 27. beiderseits der Straße Ypern—Menin ein harter, tiefer gegenseitiger Angriff blutig zusammengebrochen, festen die Engländer in dem granatenerfüllten Gelände zwischen den beiden Bahnhöfen Voisines—Staden und Ypern—Moulers zwei neue Durchbruchversuche an.

Am 3 Uhr nachmittags brach auf der Front von Draank bis zum Kanal Vollebte schlagartig ein Feuerorkan aus. Ein schwerer Angriff folgte. Die tiefergelegenen englischen Infanteriebataillone lieferten den Kampf, die sich mühsam ihren Weg über die verflümmelten Granatentrichter bahnten. Infanterielieferer floßen in niedriger Höhe vorwärts, um durch Maschinengewehre den Sturmwall in einen Weg zu bahnen. Aber ungehindert durch das englische Artilleriefeuer feste die deutsche Abwehrwirkung ein. Ein Granat- und Schrapnellregen schlug den anstürmenden Massen entgegen.

In erbitterten Nahkämpfen warfen sich die deutschen Heeresein auf die Engländer und warfen sie überall zurück.

Um 8 Uhr abends versuchten die Engländer nach noch maligen, gewaltigen Trommelfeuer einen zweiten großen Angriff. Bis 10 Uhr hielten die Kämpfe an, in denen bis auf eine geringe Einbußung nördlich von Frezenberg die deutschen Stellungen restlos behauptet wurden. Das Trichterfeld liegt voll von englischen Toten.

Ein neuerlicher Angriff an der Straße Ypern—Menin, den die Engländer unter Bereitstellung von Tanks vorbereiteten, kam in dem zusammengefahrenen deutschen Vernichtungsfeld nicht zur Durchführung.

An der übrigen Front kam es bis auf einen Zusammenstoß mit einer belgischen Patrouille etwa 1 Kilometer nördlich des Wankant-Seees zu keinerlei Infanteriekämpfen. Auch das Artilleriefeuer hielt sich in nahen Grenzen.

Im Artois versuchten die Kanadier bei Saint-Auguste einen neuerlichen Teilangriff. Zwischen den zerbrochenen Häusern der Arbeiterkolonie kam es zu äußerst blutigen Kämpfen Mann gegen Mann. Wiederum mußten die Kanadier wie am Tage vorher unter Einbuße zahlreicher Toter und Verwundeter zurück. Auch nördlich St. Quentin wurde ein 4 Uhr nachmittags in Gegend Colonne-Arme nach heftigem Feuerüberfall ein neuerlicher Angriff im Gegenstoß gestoppt.

An der Aisne Front versuchten die Franzosen am Morgen des 27. bei Mennejan-Arme sowie südlich Males verschiedene Teilvorstöße, die sämtlich scheiterten. Deutsche Stoßtrupps halten südlich Males eine größere Anzahl Gefangener aus den französischen Gräben. Am Chemin des Dames hielt das Artilleriefeuer Tag und Nacht an.

Vor Verdun haben die erbitterten Kämpfe um Beaumont mit einem vollen deutschen Erfolg geendet. Unter völliger Entleerung der Liniengrenze ist die französische Einheitsaufstellung vom 27. August 5 Uhr nachmittags von vergeblichen deutschen Gegenangriffen auf die französischen Stellungen am Südrand von Beaumont. In Wirklichkeit haben sich die Franzosen den ganzen 27. August über abgemüht, Beaumont zu erobern und sind nach Infangserfolgen aus diesem Dorf, das ihnen schon zu große Opfer gekostet hat, wieder geworden worden. Die Deutschen halten den gesamten Südrand: nur am Übergang des Dorfes bei den Franzosen ein kleines Schärenstück verblieben.

Nach diesem schweren Mißerfolg erneuerten die Franzosen ihren Angriff nicht; der Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Erst gegen Abend versuchten die Franzosen zwischen der Höhe 34 und dem Channeval neue Angriffe, die nach hartem Trommelfeuer um 8 Uhr 30 gegen die deutschen Stellungen vorbrachen. Die französischen Sturmwellen wurden überall abgewiesen.

Im Osten ist mit der Einnahme der wichtigen Dolzof-Höhe sowie des Dorfes Sojan, die mit sehr geringen eigenen Verlusten erkämpft wurden, eine wichtige Frontveränderung erfolgt.

Die Sfonzioschlacht.

Der Wiener Heeresbericht vom Dienstag meldet: Durch Aufbruch neuer Kräfte verhielt sich der Italiener auf der Nordflanke von Bainsizza—Sfionza geschäftig alles daran, um seinen zu Beginn der 11. Sfonzioschlacht unter großen Sparen erzwungenen Rückzug zu erweitern. Fast in allen Teilen dieser Front schürte der Feind gegen unsere Truppen an. In erbitterten Dankskämpfen, die in allen Teilen dieser Front schürte der Feind gegen unsere Truppen an. In erbitterten Dankskämpfen, die in allen Teilen dieser Front schürte der Feind gegen unsere Truppen an.

Im Gebiet des Stiller Jades gab es unter bedeutenden eigenen Schwerverlusten ins Wert größtes Unternehmen zu einem vollen Erfolg. Aufschreitungen haben in Gis und Szone überaus schön einen feindlichen Posten aus und brachten zwei italienische Offiziere, 20 Mann, ein Maschinengewehr und einen Scheinwerfer zurück.

18000 Tonnen.

Der deutsche Admiralitätschef gibt unterm 28. August bekannt:

Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote neuerdings 18000 B.M.T. vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen der „Alone“ (5019 T.), italienischer, bewaffneter, vollbeladener Dampfer „Cugenia“, ferner ein bewaffneter englischer Dampfer unbekanntem Namens, anscheinend mit Leblöndung.

Der Seerrieg.

Opfer der „Provence“. „Progres de Ven“ meldet aus Cherbourg: Das Zerstörerregiment 771 beladen des 3. Kolonial-Infanterie-Regiments, die bei der Verladung des Vorkriegsregiments „Provence“ verblieben sind, für ist. Am 27. Februar 1917 waren bereits 139 Matrosen von der „Provence“ für tot erklärt worden.

Serrent, vermisst, gefunken. Das binnische Ministerium des Äußeren teilt mit, daß der binnische Dampfer „Korna“ auf der Reite von Trentsch, nach England vermisst worden ist. „Kornasch“ meldet: Der japanische Dampfer „Sashira Maru“ (3479 Brutto-Tonnen) ist gesunken und gibt als verlore. Vermisst werden die englischen Dampfer „Benlarig“ (3921 Brutto-Tonnen) und „Highburg“ (4831 Brutto-Tonnen). Der Segler „Ethel“ (111 Brutto-Tonnen) und der niederländische Segler „Sestina“ (157 Brutto-Tonnen), die binnischen Segler „Caroline Rod“ (316 Brutto-Tonnen) und „Alberina“ (170 Brutto-Tonnen), der französische Dampfer „Espanne“ und der schwedische Dampfer „Gn. 2.“ (1298 Brutto-Tonnen) sind gesunken.

Der Verteidigungskrieg.

Genoie Troiltra, der Führer der holländischen Sozialdemokratie und Mitbenederter der Trochowski-Motionen, hat sich verschiedenen Rednergruppen gegenüber zu jetzigen Friedenssloges geäußert. Er will die Frage, inwiefern imperialistische Ziele Deutschlands oder der Entente den Ausbruch des Krieges verurteilen, vollständig offen lassen. Aber seit Dezember v. J. ist es ganz zweifellos, daß Deutschland keine Kriegsslogie mehr aufstelle, deren Erfüllung auf dem Boden der heutigen Situation durch eine Verständigung unmöglich wäre. Von irgendwelchen Gebietsveränderungen, die nicht durch Verhandlung, sondern nur durch Gewalt möglich wären, sei auch bei der deutschen Regierung keine Spur mehr zu finden.

Gerade umgekehrt ist die Frage bei der Entente führt Troiltra fort. Die Nennung der von Deutschland besetzten Gebiete konnte die Entente von Deutschland vermeiden, auch wenn sie heute Friede schloße. Aber sie wolle in Europa und in noch größerem Umfang in Asien die politische Unversicherheit und die wirtschaftliche Entwicklungslosigkeit der Mittelmächte antasten, um dadurch ihren politischen Einfluß und ihren eigenen Wirtschaftsbereich zu vergrößern. Wenn es selbst wahr wäre, wie die Entente behauptet, daß sie sich bei Kriegsausbruch in der Abwehr befinden habe, so sei es jetzt jedenfalls gerade umgekehrt: in diesem augenblicklichen Stadium des Krieges verfolge die Entente absolut aggressive imperialistische Eroberungsziele, während Deutschland einen reinen Verteidigungskrieg führt.

Troiltra hat zu Beginn des Krieges nicht anerkannt, daß Deutschland sich lediglich in der Verteidigung befinde. Jetzt unterläßt er diese Auffassung mit seiner ganzen Autorität. Diese Feststellung ist besonders wichtig, um die ganze Lächerlichkeit derjenigen zu demonstrieren, die 1914 die Kriegskredite bewilligt haben, als man über den Verteidigungscharakter des Krieges freuten konnte, und sie heute verweigern, obwohl jetzt sogar Neutralen den reinen Verteidigungscharakter des gegenwärtigen Kampfes für Deutschland anerkennen müssen.

Rein neues Friedensangebot.

Kerenski hatte auf dem Moskauer Kongreß bekanntlich die überraschende Behauptung aufgestellt, in jüngerer Zeit sei der Verbündeten Anstalts ein neues Friedensangebot gemacht worden. Der Berliner Lokalanzeiger erklärt: Hierzulande ist keiner einzigen Stelle, die über einen solchen Vorgang unterrichtet sein müßte, darüber das geringste bekannt.

Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“, die sich in längeren Ausführungen mit Kerenski Rede beschäftigt und ihm besonders zum Vorwurf macht, daß er den Reichstagsbeschuß vom 19. Juli vollkommen verstoßen habe, sagt, ein angebliches zweites Sonderfriedensangebot, das Weismann-Hollweg gegen die Verbündeten Anstalts gerichtet hätte, existiere nur in der Phantasie des russischen Ministerpräsidenten.

Die litauische Frage.

Am Dienstag feste der Hauptauschuß zunächst die Besprechung über die besetzten Gebiete fort. Zu einer Aussprache über die Verhältnisse in Belgien kam es nicht, da sich kein Redner zum Worte meldete. Sehr eingehend wurde dagegen nach einer Aussprache über Polen die litauische Frage behandelt und schließlich folgender von den Mehr-

Wohnungsnot.

Die Erkenntnis, daß wir nach dem Kriege in einer Reihe von Städten und Industrieregionen mit einem Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen, zu rechnen haben, können sich auch die Regierungen nicht länger erziehen. Nachdem die preussische Regierung in der Würdigung dieser Tatsache schon vor Jahresfrist den Entwurf eines Wohnungsgesetzes in Verbindung mit dem Wirtschaftsdarlehensgesetz eingebracht hat, hat jetzt das Reichsamt des Innern bei der Bundesregierung eine Prüfung der Frage angetrieben, durch welche Hilfsmittel die Erbauung neuer Wohngebäude in der Liebergangszeit gefördert werden kann.

Man wird dem Reichsamt des Innern darin beistimmen müssen, daß mit Rücksicht darauf, daß in der Liebergangszeit die Verhältnisse für Wohngebäude noch sehr düster sind und überdies die nötigen Hypothekengelder zu vorrätigen Bedingungen kaum zu haben sein werden, nicht zu erwarten ist, daß die private Bauwirtschaft den Wohnungsmangel ohne weiteres wird beheben können. Die Urachen werden die Wohnungsnot für die Liebergangszeit, wenn auch nicht erlöschen, erklären, aber sie geben keine Erklärung ab für die Wohnungsnot, die bereits vor dem Krieg in vielen Orten bestand, und die heute einen solchen Umfang angenommen hat, daß, wenn nicht durchgreifend geholfen wird, eine

Katastrophe ganz unvermeidlich

erwischen. Das völlige Daniederliegen der privaten Bauwirtschaft in Verbindung mit der Abwanderung zahlreicher ihrer Erbenreicheren Familien von größeren in kleinere und von mittleren in kleine Wohnungen hat Zustände beigetragen, die auf die Dauer untragbar sind. Kriegserregung, die ihre Wohnung gefunden oder in geschäftlicher Unverträglichkeit die Kündigung des Mietes angenommen haben, finden heute vielfach selbst dann keine passende Wohngelegenheit, wenn die Gemeinde einen Teil der Miete befreit; daß hunderttausende Kriegserregten von den Hausvätern aufgenommen werden, gehört überhaupt zu den Ausnahmen.

Die Unterlassungsünden der letzten Friedensjahre rufen sich bitter. Waren sich Reich, Staat und Gemeinden ihrer Pflicht bewußt gewesen, hätten sie ohne Rücksicht auf die Störung, die sie dadurch den privaten Hausbesitzern bereiten, sich den Bau geheimer und preiswerter Kleinwohnungen anlegen lassen. So hätte der Krieg wohl einen Mangel an Wohnungen und eine Preissteigerung herbeiführen können, aber die Katastrophe wäre nicht eingetreten.

Über die uns drohende Gefahr sind sich die Kenner der Verhältnisse einig. Von allen Seiten wird über steigenden Wohnungsmangel berichtet. Schon vor dem Kriege klagte ein bekannter Wohnungsreformer über die geradezu erschütternden Verhältnisse über Wohnungsnot und Wohnungsmangel, die aus allen Teilen des Reiches, besonders aus den schnell wachsenden Industrieregionen, kamen, und der Direktor der Breslauer Baubank, dem eine Fülle von Erfahrungen zu Gebote stehen, hat kürzlich der Ansicht Ausdruck verliehen, daß, wenn man sich das Kriegsende in absehbarer Zeit vorstellt, nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ohne jetzt zu treffende Vorzüge

eine unüberbrückbare Verlegenheit

eintreten wird, die notwendigerweise eine starke Mietsteigerung zur Folge haben muß und wird.

Soll es etwa wieder dahin kommen, wie 1870/71, wo am 1. Oktober 1871 allein in Berlin über 10 000 Familien, darunter zahlreiche Kriegertamilien, obdachlos waren? Sollen unsere heimkehrenden Krieger mit ihren Familien dem fürchtbarsten Wohnungsseind mit all seinen gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Folgen preisgegeben sein? Soll das der Tonk des Vaterlandes sein?

Sind sich die Gesetzgebenden und die Verwaltungsvorständen über die Wirkung eines solchen Zustandes klar, dann dürfen sie nicht länger untätig beiseitegehen, sondern dann ist es höchste Zeit, Hand ans Werk zu legen und die Sünden der Vergangenheit gutzumachen. Viel, allzuviel ist schon veräumt worden, höchste Eile tut not, um auch nur das Schlimmste abzuwenden.

Was bis jetzt an gesetzgeberischen Maßnahmen zu verzeichnen ist, ist herzlich wenig. Der Reichstag hat der Wohnungszustände im Einvernehmen mit der Regierung auf 10 Millionen Mark erhöht und beschlossen, daß daraus fünfzig zweijährige Darlehen zur Anbahnung von Kriegsbekämpfungs- und Kriegswunden gegeben werden sollen. Aber diese 10 Millionen Mark sind im Vergleich zu den Bedürfnissen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Kapitalfindungsgebiet, das den kriegsbekämpften ermöglicht, ihre Kriegszulage und Bestimmungszulage, und das den Kriegswunden die Möglichkeit gibt, die Hälfte ihrer Kette zum Erwerb oder zur Pflege eigenen Geschäftes zu kapitalisieren, kommt hauptsächlich den ländlichen Kreisen und solchen Orten zugute, in denen die Grundstückspreise die Errichtung von Kleinbauten gestatten. Die preussischen Gesetzgeber sind bisher noch nicht Geleg geworden, das Abgeordnetenhaus hat sie zwar fertiggestellt, aber es fehlt noch die Zustimmung des Herrenhauses, und das Parlament hat noch nicht einmal mit den ständigen Beratungen begonnen. Andere Bundesstaaten vollenden

haben, wenn man von kleinen Anfängen in Bayern und Sachsen absieht, während des Krieges

überhaupt nichts

zur Lösung der Wohnungsfrage getan, und noch weniger positive Maßnahmen sind auf dem Gebiet der kommunalen Wohnungsfürsorge zu verzeichnen.

Was soll nun geschehen? So notwendig es auch ist, eine großzügige Wohnungspolitik zu betreiben, so handelt es sich für den Augenblick darum, Maßnahmen zu ergreifen, die das Schlimmste verhüten. Von dieser Erwägung ausgehend, hat die preussische Regierung bereits mit ihrer früheren Praxis der Beschränkung der staatlichen Wohnungsfürsorge auf Staatsarbeitern und gering besoldete Beamte gebrochen; sie erklärt, daß eine solche Beschränkung nicht mehr der Bedeutung gerecht wird, die das Wohnungswesen für die Gesundheit der Nation nach den schweren Verlusten des Krieges gewonnen hat. Es muß, wie es in der Begründung zum Wohnungsgesetzentwurf heißt, jetzt alles daran gesetzt werden, daß unser Volk die

ungeheure Einbuße an Kräften

möglichst rasch wieder wett macht. Der Staat will daher die unmittelbare Fürsorge für die Kleinwohnungsfrage als seine Aufgabe anerkennen und für sie Mittel bereitstellen.

Das erscheint uns in der Tat, man mag sonst in dem preussischen Wohnungsgesetzentwurf zu viel ausgerechnet haben, wie man will, der einzige Weg, der augenblicklich befristet werden kann und der zum Ziele führt. Lange weitergehenden Forderungen werden wir naturgemäß ebensowenig wie irgendeine andre Partei zurückstellen, aber das vorläufig Erreichbare, was es nicht weit genug von der Hand zu weisen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Reich, Staaten und Gemeinden müssen das Wohnungswesen befriedigen, weil die private Bauwirtschaft dazu nicht imstande ist. So sie selbst bauen, ob sie gemeinnützige Bauvereinigungen oder Gewerkschaften unterstützen, ist zunächst von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptfrage ist, daß etwas Positives geschieht, daß die Wohnungszulage Produktion gefördert wird, und daß Mietsteigerungen nach Möglichkeit hintangehalten werden. Bei der Vermietung ist in erster Linie auf die Kriegertamilien Rücksicht zu nehmen, und unter ihnen sind wiederum die Hinterbliebenen zu bevorzugen.

Aus Mangel an Mitteln kann und darf die Wohnungsfrage nicht scheitern. Was die Gesundheit den heimkehrenden Kriegsteilnehmern schuldet, was die Rücksicht auf die Gesundheit der Nation zu tun gebietet, das muß geschehen, und es darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Paul Hirtel.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

betreffend Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Neusilber, Tombak, Bronze).

Unter Bezugnahme auf meine Ausschreibungsbestimmungen vom 25. Juni 1917 zur Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 1. Armeekorps vom 20. Juni 1917 weise ich hiermit nochmals darauf hin, daß die beschlaggenommenen Gegenstände in meiner Sammelstelle, dem Kupferwerk, freiwillig abgeliefert werden können. Die Sammelstelle ist mittags von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 5 Uhr nachmittags — außer Sonnabend nachmittags — geöffnet. Die vorbeschriebene Verordnung, welche in den einzelnen Polizeiregionen, in der Zentrale am Kopsplatz und Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 62, öffentlich ausliegt, lautet die beschlaggenommenen Gegenstände namentlich auf und enthält in § 3 einen Hinweis über beschlagnahmefreie Einrichtungsgegenstände. Hierzu sei noch bemerkt, daß Zerstörungen, welche zur Bestätigung des Schloffes dienen, sowie die dazu gehörigen Rollen und Schlüssel nicht unter die Beschlagnahme fallen. Dasselbe gilt für die Teile der Treppenaufenthalter.

Es wird gebeten, mit der Ablieferung möglichst bald zu beginnen, da die besondere Fristen von 1. März pro Silberrang nach dem 31. August ex. nicht mehr erfüllt wird, mit dem 1. September ex. aber die Fristen erfüllt.

Halle, den 10. Juli 1917. Der Magistrat.

Ich habe heute einen Nachtrag (Nr. Bst. 1545/7. 17. KRA) zu der Bekanntmachung Nr. L. 1. v. 17. KRA, betreffend Ausschreibung für Gewehrreine, geländereine und zur Selbstbegrenzung geeigneter Seitenabzweig vom 20. März 1917 erlassen.

Der Nachtrag ist in den amtlichen Zeitungen veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 27. August 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 1. Armeekorps.

KR. v. K. v. d. G.

General der Infanterie

à la suite des kaiserlichen Befehls Nr. 2.

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

fertig am Lager
Gute Qualitäten — noch günstige Preise

195

bei

G. Abmann

Hollieferant

Große Ulrichstraße Nr. 49

Sommer- und Lederschuhen

in allen Preislagen und Ausführungen vorrätig

im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87

Buchhandlung der Volksstimme

Fernsprecher 5407

HALLE

Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit
In Freien Stunden
Der Wahre Jacob

Zeitschrift zur Vertiefung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.

Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Reichhaltige Roman-Bibliothek

herausgegeben von Eduard Bernstein.

der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:

Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hauschneiderei
Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

